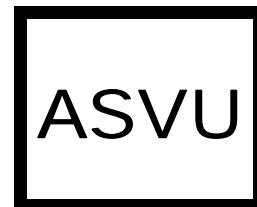


**Stadt Stolberg (Rhld.)  
Der Bürgermeister**

**Niederschrift**

**über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt**  
**Sitzungskennziffer: XVI / 4**  
**Tag der Sitzung: Dienstag, 25.02.2010**

**I. Ortsbesichtigung:** Wirtschaftsweg Zu den Maaren, Venwegen  
Dauer Ortsbesichtigung: 17.00 Uhr bis 17.10 Uhr  
Anwesende: sh. beil. Anwesenheitsliste Anlage 1)



**II. Sitzung** Rathaus, kleiner Sitzungssaal - Zi. 138  
Dauer der Sitzung: 18:00 Uhr bis 19.30 Uhr  
Unterbrechungen: keine  
Anwesende: sh. beil. Anwesenheitsliste Anlage 2)

Vorsitz: Herr Josef Hansen  
Schriftführerin: Frau Edith Janus-Braun

---

**I. Ortsbesichtigung:** von 17.00 Uhr bis 17.10 Uhr

Unter Leitung des Vorsitzenden, Herrn Josef Hansen, trafen sich die Ausschussmitglieder Ecke Winterstraße / Zu den Maaren. Der bauliche Zustand des Wirtschaftsweges wurde durch Befahren - kommend von der Winterstraße bis zur Straße Zu den Maaren - in Augenschein genommen.

- - - - -

**II. Sitzung**

**Tagesordnung:**

a) Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Hansen, begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, die Gäste sowie die Vertreter der Verwaltung und eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt. Sodann stellt er die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

b) Feststellung der form- und fristgerechten Ladung sowie Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 27 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Stolberg (Rhld.)

Er stellt weiter fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung form- und fristgerecht erfolgte und die Öffentlichkeit in geeigneter Weise gem. § 27 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Stolberg (Rhld.) über Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung unterrichtet wurde.

c) Beschlussfassung über die Tagesordnung:

Da zwei Gäste der Siedlergemeinschaft Donnerberg an der Sitzung teilnehmen, schlägt Herr Hansen vor, den TOP A) 7. an den Anfang der Tagesordnung zu stellen. Hiermit erklärt sich der Ausschuss einverstanden.

Die Tagesordnung wurde einstimmig ohne Änderungen beschlossen und wie folgt abgewickelt:

A) Öffentliche Sitzung:

7. Unterschutzstellung der Grünzüge Donnerberg

1. Entscheidung über die planungsrechtliche Stellungnahme der Stadt Stolberg zu Vorhaben, zu denen nach § 36 (1) BauGB das Einvernehmen der Gemeinde erforderlich ist;

Erteilung von Befreiungen von Festsetzungen gem. § 31 (2) BauGB

1.1 Errichtung einer Doppelgarage, Dechant-Wilms-Str. 31

1.2 Sanierung u. Erweiterung des bestehenden Wohnhauses Malmedyer Str. 14

Vorhaben gem. § 14 (2), (3) BauGB - Ausnahme von der Veränderungssperre, B-Plan 153

1.3 Errichtung einer Box für Einkaufswagen, Prattelsackstr. 30

2. Verwaltungsbericht für das Forstwirtschaftsjahr 2009;  
hier: Informationsvorlage aus dem Konjunkturpaket II
3. Anlage von Querungshilfen auf der Gressenicher Straße (L 12) in Höhe der Einmündung Auenweg
4. Tütenspender für Hundekot;  
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
5. Grundsanie rung des Wirtschaftsweges "Zu den Maaren" im Hinblick auf Mittelverwendung
6. Geh- und sehbehindertenfreundliche Bordsteinabsenkungen im Stadtgebiet
8. Neubau der Heinrich-Heimes-Brücke
9. Beschlusskontrolle;  
hier: Informationsvorlage
10. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates;  
Mitteilungen

## B) Nichtöffentliche Sitzung:

1. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates; Mitteilungen
- 

## A) Öffentliche Sitzung:

### 7. Unterschutzstellung der Grünzüge Donnerberg

RM Willms, B'90/Grüne, beantragt, einem Vertreter der Siedlergemeinschaft Rederecht einzuräumen. Diesem Antrag schließt sich der Ausschuss einmütig an.

Für Herrn Lange-Rehberg, Siedlergemeinschaft Donnerberg, ist der Beschlussvorschlag zu 1) akzeptabel. Bezogen auf Punkt 2) erinnert er daran, dass die Donnerberger Neubürger die Grünzüge seinerzeit als Kälte-, Wind- und Sturmschutz gegen starke Südwestwinde gepflanzt hätten. Diese seien mit den Jahren zur grünen Lunge des Wohngebiets herangewachsen und trügen wesentlich zur Wohnqualität bei. Heute würden auf dem Donnerberg genügend Häuser zum Verkauf angeboten, so dass die Schaffung neuer Baugrundstücke aus Siedlergemeinschaftssicht verzichtbar seien.

RM Engels, SPD, lobt die gute und aussagekräftige Verwaltungsvorlage, in der ein Kompromiss für die Donnerberger Bürger und den Landschaftsschutz erarbeitet wurde. Ursprünglich sollten wesentlich weniger Flächen unter Schutz gestellt werden. Seine Fraktion trage den Verwaltungsvorschlag mit. Die Forderung der Landschaftsschutzbehörde stelle für seine Fraktion eine unüberwindbare Hürde dar. Eine Unterschutzstellung nach Landschaftsschutzgesetz komme für die SPD-Fraktion daher nicht in Frage.

Der Grünenfraktionsvorsitzende Willms erkundigt sich beim Förster, ob die Grünflächen Bestandteil des Forsteinrichtungswerkes seien. Hierzu führt Herr Preckel, A 82, aus, dass diese -vorbehaltlich der fachlichen Prüfung durch sein Amt- im nächsten Forsteinrichtungswerk als Forstbetriebsfläche aufgenommen würden.

Für die CDU-Fraktion bedankt sich RM Kirch ebenfalls für die gute Darstellung des komplexen Sachverhalts in der Verwaltungsvorlage. Seine Fraktion trage die Beschlussvorschläge zu 1) und 3) mit. Zur Vernetzung der Biotope solle jedoch bei Punkt 2) die Unterschutzstellung des Grünstreifens am Geranienweg weiterhin Bestand haben.

Hierauf erläutert der Leiter Fachbereich 1, Herr Pickhardt, dass es sich bei dem kleinen Streifen um die einzige Fläche im Bestand handele, die zur Schließung der Baulücke vertretbar aus der Unterschutzstellung herausgenommen werden könne. Die Finanzlage der Stadt rechtfertige das Vorgehen und sichere der Donnerberger Bevölkerung mit dem heutigen Beschlussvorschlag der Verwaltung weiterhin in ausreichendem Maße Grünzüge zu.

Auf Antrag von RM Kirch lässt der Vorsitzende, Herrn Hansen, über die Einzelpunkte des Beschlussvorschlages abstimmen.

### **Beschluss:**

**Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt / der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen:**

- 1) Die Stadt Stolberg verzichtet auf eine förmliche Unterschutzstellung der Grünzüge Donnerberg nach Landschaftsrecht und bittet die StädteRegion Aachen um Einstellung des Verfahrens.**

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

- 2) Die Stadt Stolberg und ihre Gremien verpflichten sich, die Grünzüge auf dem Donnerberg in den Grenzen gemäß Anlage 1 dauerhaft zu erhalten und dort keine Baulandflächen auszuweisen.**

Abstimmungsergebnis im ASVU: 9 Ja-Stimmen (SPD, FDP, B'90/Grüne, LINKE)

6 Nein-Stimmen (CDU)

- 3) Die Flächen gemäß Anlage 1 werden, soweit dies nicht bereits der Fall ist (vgl. Anlage 1b) und vorbehaltlich einer fachlichen Prüfung durch das städtische Forstamt, als Forstbetriebsfläche im nächsten Forsteinrichtungswerk aufgenommen.**

Abstimmungsergebnis im ASVU: Einstimmig

1. Entscheidung über die planungsrechtliche Stellungnahme der Stadt Stolberg zu Vorhaben, zu denen nach § 36 (1) BauGB das Einvernehmen der Gemeinde erforderlich ist;

#### **Erteilung von Befreiungen von Festsetzungen gem. § 31 (2) BauGB**

- 1.1 Errichtung einer Doppelgarage, Dechant-Wilms-Str. 31

### **Beschluss:**

**Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt beschließt einstimmig, der planungsrechtlichen Stellungnahme zuzustimmen.**

- 1.2 Sanierung u. Erweiterung des bestehenden Wohnhauses Malmedyer Str. 14

### **Beschluss:**

**Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt beschließt einstimmig, der planungsrechtlichen Stellungnahme zuzustimmen.**

#### **Vorhaben gem. § 14 (2), (3) BauGB - Ausnahme von der Veränderungssperre, B-Plan 153**

- 1.3 Errichtung einer Box für Einkaufswagen, Prattelsackstr. 30

### **Beschluss:**

**Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt beschließt einstimmig, der planungsrechtlichen Stellungnahme zuzustimmen.**

2. Verwaltungsbericht für das Forstwirtschaftsjahr 2009;  
hier: Informationsvorlage aus dem Konjunkturpaket II

Für die CDU-Fraktion nimmt RM Kirch die Verwaltungsvorlage wohlwollend zur Kenntnis und lobt die Arbeit des Försters ausdrücklich. Diesem Lob schließt sich RM Engels für die SPD-Fraktion an.

**Beschluss:**

**Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt nimmt den Sachverhalt der Vorlage zustimmend zur Kenntnis.**

3. Anlage von Querungshilfen auf der Gressenicher Straße (L 12) in Höhe der Einmündung Auenweg

Für die CDU-Fraktion lobt Ausschussmitglied Blau die Verwaltungsvorlage, welche ihm jedoch hinsichtlich der Formulierung im Beschlussvorschlag mit dem Passus

*“... und beschließt, die Ausführung der Maßnahme so lange zurückzustellen, bis die Finanzierung der Maßnahme gesichert werden kann.”*

nicht weitreichend genug sei. Er sorgt sich, dass die Maßnahme mit Beibehaltung dieser Formulierung langfristig nicht zur Ausführung gelangen werde. Seine Fraktion beantrage daher wie folgt:

*“Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt beschließt, die Einrichtung einer Fußgängerquerungshilfe sowie die Fortführung der Tempo 30 Zone wie dargestellt zu verfolgen.  
Der Ausschuss ist über den Fortgang zu informieren.  
Der Ausschuss empfiehlt dem HA und Rat, die notwendigen Mittel für die Querungshilfe im Haushalt 2010 / 2011 einzuplanen.”*

Für die SPD-Fraktion begrüßt RM Jussen die Anlegung des Überweges und die Verlängerung der T-30-Zone ebenfalls. Aufgrund der unklaren Situation um die Entwicklung der “Alten Bürgermeisterei” möchte seine Fraktion den Standort der Querungshilfe allerdings variabel festgelegt wissen. Hierdurch werde ausgeschlossen, dass sich der Ausschuss Möglichkeiten verbaue.

Für die CDU-Fraktion schließt sich RM Kirch diesem Vorschlag an.

Herr Pickhardt, Leiter Fachbereich 1, kann aus Verwaltungssicht mit allen vorgebrachten Vorschlägen leben.

In der sich daran noch einmal anschließenden Diskussion besteht im Ausschuss Einigkeit, dass die Empfehlung der Mittelbereitstellung an Hauptausschuss und Rat “im Haushalt 2010 / 2011” um den Passus “oder später” erweitert werden solle.

Sodann lässt der Vorsitzende, Herr Hansen, über den Antrag der CDU-Fraktion, der von allen Fraktionen im Ausschuss mitgetragen wird, abstimmen:

**Beschluss:**

**Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt beschließt einstimmig, die Einrichtung einer Fußgängerquerungshilfe mit noch festzulegendem endgültigen Ausführungsstandort sowie die Fortführung der**

**Tempo 30 Zone wie dargestellt zu verfolgen.**

**Der Ausschuss ist über den Fortgang zu informieren.**

**Der Ausschuss empfiehlt dem HA und Rat, die notwendigen Mittel für die Querungshilfe im Haushalt 2010 / 2011 oder später einzuplanen.**

4. Tütenspender für Hundekot;

hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

**Beschluss:**

**Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt beschließt einstimmig, dass das bisher praktizierte und kostengünstige System (kostenfreie Verteilung der Hundekottüten durch Mitarbeiter des Ordnungs- und Servicedienstes) ausgebaut und durch verstärkte Pressearbeit mehr publik gemacht werden soll. Zusätzlich sollen auch an der Information des Rathauses und im neuen Touristikbüro Hundekottüten kostenlos ausgeteilt werden.**

5. Grundsanierung des Wirtschaftsweges "Zu den Maaren" im Hinblick auf Mittelverwendung

RM Engels, SPD, geht auf den vorausgegangenen Ortstermin ein, bei dem sich der Ausschuss ein Bild über den katastrophalen Zustand des Wirtschaftsweges verschaffen konnte. Da die maßgeblichen Sanierungskosten aus Mitteln des Konjunkturprogramms II finanziert werden können, stehe die Sanierung für seine Fraktion nicht mehr in Frage.

Für die Bündnisgrünen spricht sich deren Fraktionsvorsitzender Willms mit Vehemenz gegen die Sanierung des Wirtschaftsweges aus, da er mit dem Geld lieber anderes bewirkt hätte.

Der Leiter Fachbereich 2, Herr Braun, erinnert an die Fördervoraussetzungen des Konjunkturprogramms. Hiernach könne nicht jede Maßnahme unter das Programm subsumiert werden. Die Sanierung des Wirtschaftsweges falle jedoch darunter. Er weist darauf hin, dass für die Maßnahme "Grundsanierung Wirtschaftsweg Zu den Maaren" nur noch 100.000,- € statt der ursprünglichen 180.000,- € zur Verfügung ständen.

RM Kirch verhehlt nicht, dass die Sinnhaftigkeit zur Sanierung von Wirtschaftswegen in seiner Fraktion auch sehr lebhaft diskutiert wurde. Die interne Überprüfung des Machbaren aus dem Konjunkturprogramm lasse jedoch nur noch diese Maßnahme zu. Seine Fraktion unterstütze daher die Sanierung des Weges mit den noch zur Verfügung stehenden Mitteln.

RM Engels, SPD, regt an, die Sanierung der drei Wirtschaftswege Hassenberg, Horster Hof und Zu den Maaren in einen "Topf" zu werfen.

Herr Braun, FB 2, verdeutlicht, dass alle drei Wirtschaftswege baulich unterschiedliche Zustände aufwiesen. So sei der Horsterhof im Gegensatz "Zu den Maaren" in einem guten Zustand. Hier könne er fachlich auch mit einer Teilsanierung leben. Er begrüßt daher den Vorschlag von RM Engels und bittet den Ausschuss, die Verwaltung zu ermächtigen, zunächst alle drei Maßnahmen in Ausgestaltung und Ausbau auf Notwendigkeit hin zu untersuchen. Weiter solle die Verwaltung ermächtigt werden, die Sanierung mit den zur Verfügung stehenden Mitteln aus dem Konjunkturprogramm

nach Priorität durchzuführen.  
Diesem Vorschlag schließt sich der ASVU an.

**Beschluss:**

**Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt nimmt die Notwendigkeit zur Sanierung des Wirtschaftsweges "Zu den Maaren" mit 14 Ja-Stimmen (SPD, CDU, FDP, LINKE) und 1 Nein-Stimme (B'90/Grüne) zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung mit gleichem Stimmenverhältnis die Sanierung der Wirtschaftswege Zu den Maaren, Horsterhof und Hassenberg in Ausgestaltung und Ausbau nach Notwendigkeit hin zu untersuchen. Mit den für diese Wege insgesamt zur Verfügung stehenden Mitteln aus dem Konjunkturprogramm II ist dann die Sanierung bzw. Teilsanierung der einzelnen Wege nach Priorität durchzuführen.**

**6. Geh- und sehbehindertenfreundliche Bordsteinabsenkungen im Stadtgebiet**

Auf Anregung von RM Prußheit, LINKE, wurde im Ausschuss intensiv nach Lösungsmöglichkeiten zur Finanzierung aller im Behindertenbeirat beschlossenen Absenkungen gesucht. Mit Hinweis auf die nachfolgende, nachträgliche Stellungnahme der Verwaltung zur Thematik wird auf die Wiedergabe der Diskussionsbeiträge in der Sitzung verzichtet.

**Die Verwaltung hat im Nachgang zur Sitzung folgenden Sach- und Finanzierungstand erwirken können:**

**Nachträgliche Erklärung der Verwaltung:**

"Mit Mitteln des KP II werden ausschließlich zusätzliche Maßnahmen gefördert. Das bedeutet für die Bordsteinabsenkungen, dass nur der Umfang, der den Haushaltsansatz 2009 in Höhe von 30.000,00 € übersteigt, gefördert wird. Daher wird der Kämmerer diese 30.000,00€ in 2010 erneut bereitstellen, sodass mit den 130.000,00 €, die der Rat aus dem KP II bereitgestellt hat, 160.000,00 € zur Verfügung stehen und somit alle 69 vom Behindertenbeirat mit 1. Priorität geforderten Bordsteinabsenkungen realisiert werden können.  
Der u.a. Beschluss des ASVU wurde bereits umgesetzt!"

**Beschluss:**

**Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt beauftragt die Verwaltung einstimmig, die Sanierung der drei Wirtschaftswege aus dem Konjunkturprogramm II einer kritischen Prüfung mit dem Ziel zu unterziehen, dass alle vom Behindertenbeirat beschlossenen Bordsteinabsenkungen doch zur Ausführung kommen. Gleichzeitig wird dem Hauptausschuss / Rat empfohlen, die Mittelverwendung entsprechend umzuschichten.**

**8. Neubau der Heinrich-Heimes-Brücke**

Auf Vorschlag von RM Engels, SPD, besteht im Ausschuss Einigkeit, dass der Verwaltungsvorschlag gravierende Auswirkungen für das Viertel zur Folge haben werde. Zur Bildung einer qualifizierten Meinung solle daher zunächst eine Bürgerinformation durchgeführt werden, zu der Bürger, Geschäftsleute, Schulen und ansässige Firmen eingeladen werden sollen.

RM Kirch verdeutlicht für die CDU-Fraktion, dass die Sicherung der Fa. KME weiter

Priorität haben müsse. Für die Firma müsse Planungs- und Vertrauenssicherheit gegeben sein.

**Beschluss:**

**Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt beauftragt die Verwaltung einstimmig, zunächst eine Bürgerbeteiligung durchzuführen.**

9. Beschlusskontrolle:

hier: Informationsvorlage

**Beschluss:**

**Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt nimmt die Informationsvorlage hinsichtlich der Beschlusskontrolle zur Kenntnis.**

10. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates; Mitteilungen

10.1 Der Leiter Fachbereich 1, Herr Pickhardt, informiert den Ausschuss über positive Gespräche zur Gestaltung der zukünftigen Mittelinsel am Kreisverkehr Eschweilerstraße / Münsterbachstraße mit der Glasfachschule in Rheinbach. Die Kontaktaufnahme sei über den in Stolberg ansässigen Glasfaserproduzenten Saint Gobain hergestellt worden. Derzeit werde die Auslobung eines Ideenwettbewerbs (Gestaltung der Insel mit Glaselementen durch Schüler der Glasfachschule) angedacht. Zur Besetzung der Juroren werde er zu gegebener Zeit auf die Fraktionen zukommen.

Der Gedanke wurde im Ausschuss sehr positiv aufgenommen. Es erfolgte keine Beschlussfassung.

10.2 Zurück kommend auf die Diskussionen zu TOP A) 7. erkundigt sich RM Willms, wie man zukünftig dem wilden Müllaufkommen nach der Unterschutzstellung der Grünzüge Donnerberg begegnen wolle.

Herr Pickhardt, FB 1, erläutert, dass die Stadt nur dann reagieren könne, wenn der Verursacher bekannt sei.

RM Kirch, CDU, regt die Inpflichtnahme der Siedlergemeinschaft an

**B) Nichtöffentliche Sitzung:**

1. Beantwortung von Anfragen gem. § 17 der Geschäftsordnung des Rates; Mitteilungen

Kein Wortbeitrag.



Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende, Herr Hansen, die Sitzung um 19.30 Uhr.

Josef Hansen  
Vorsitzender

Edith Janus-Braun  
Schriftführerin

Der Niederschrift sind folgende Anlagen beigefügt:

Anlage 1)	Anwesenheitsliste Ortsbesichtigung
Anlage 2)	Anwesenheitsliste Sitzung
Anlage 3)	Mitteilung Baugenehmigungen im Jan. und Feb. 2010